

Kein Krieg und kein Frieden

Im Konflikt um Nagorni Karabach betreiben Armenien und Aserbeidschan wieder eine offensivere Politik

Nach 17 Jahren erfolgloser Verhandlungen wächst in Aserbeidschan die Ungeduld wegen des Konflikts um das von Armenien besetzte Nagorni Karabach. Die beiden früheren Sowjetrepubliken haben aufgerüstet.

Silvia Stöber

Dumpfe, betäubende Stille liegt in den mannshohen Gängen. Betonplatten verstärken die Erdwände der Schützengräben, die weit verzweigt die Ebene durchschneiden. Beobachtungsstände mit Schiessluken ragen als Grashügel heraus. Die wachhabenden Soldaten beobachten durch Schlitze im Beton die Ebene. Rote Metall-Dreiecke zeigen ihnen an, wo zum Schutz vor dem Feind Minen vergraben wurden. Der verbirgt sich etwa 200 Meter entfernt in der Erde. Unsicherheit spricht aus den Augen der kaum 20 Jahre alten Rekruten, die im Vier-Stunden-Takt Wache schieben. Doch mit fester Stimme erklären sie, ihr Leben zum Schutz von Familie und Heimat geben zu wollen. Jeden Tag entlädt sich die angespannte Stille irgendwo an der 176 Kilometer langen Front in Schusswechseln. Jedes Jahr endet der Dienst Dutzender Soldaten auf beiden Seiten aufgrund solcher Zwischenfälle mit dem Tod.

Gesunkene Gewaltschwelle

Auf dem kargen Land östlich der Frontlinie in Richtung Kaspisches Meer steht die aserbeidschanische Armee. Die leicht ansteigende Ebene westlich davon kontrollieren armenische Truppen. Wo vor 20 Jahren noch Dörfer und die Stadt Agdam standen, sind nur Ruinen aus weissen Steinquadern geblieben. Weiter nach Westen erhebt sich aus der Ebene waldiges Bergland mit bis zu 4000 Meter hohen Gipfeln. Es ist Nagorni Karabach, ein Gebiet etwas grösser als der Kanton St. Gallen.

Sowohl Armenier als auch Aserbeidschaner beanspruchen Nagorni Karabach für sich. Jahrhundertlang war es von beiden Völkern bewohnt. Infolge russischer Expansion in den Kaukasus und des Aufkommens des Nationalismus Anfang des 20. Jahrhunderts wurden jedoch feste Grenzen gezogen, wo zuvor beide Völker nebeneinander gelebt hatten. Zu Sowjetzeiten wurde das überwiegend von Armeniern bewohnte Gebiet der aserbeidschanischen Sowjetrepublik zugeordnet. Ende der achtziger Jahre entluden sich die seit Jahrzehnten aufgestauten Spannungen in ethnischen Auseinandersetzungen. Es folgte ein Krieg mit mehr als 20 000 Toten und einer Million Flüchtlingen.

Verhandlungsbemühungen

Die armenische Seite nahm Nagorni Karabach und sieben angrenzende Bezirke ein, die sie bis heute besetzt hält. Ein 1994 von Russland vermittelter Waffenstillstand wurde nie ganz durchgesetzt. Heute stehen sich 95 000 aserbeidschanische und 70 000 armenische Soldaten gegenüber. Lediglich sechs Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) dürfen nach Absprache mit beiden Seiten die Frontlinie inspizieren.

Anfang des Jahres konstatierten Beobachter eine Zuspitzung der Lage. Der ehemalige EU-Sondergesandte für den Südkaukasus Peter Semneby nennt die Zwischenfälle besorgniserregend. Die Schwelle für einen Gewaltausbruch sei gesunken. Nach jahrelanger Aufrüstung sei es nicht mehr undenkbar, dass Aserbeidschan seine Militärmacht anwende. Auf armenischer Seite sei man sich sicher, noch immer eine militärische Konfrontation beherrschen zu können. Wenn diese Sicherheit jedoch abnehme, könne sich Erewan gezwungen sehen, mit einer begrenzten militärischen Aktion seine Überlegenheit zu beweisen. Eine neue militärische Eskalation des Konflikts hätte weitaus schwerwiegendere Folgen als der Krieg zu Beginn der



Blick auf das Bergland von Karabach.

LAURENT HAZGUI / FEDEPHOTO

neunziger Jahre, der auf Karabach und umliegende Gebiete begrenzt war: Beide Seiten verfügen inzwischen über wesentlich schlagkräftigere Waffen, die auch Städte fernab des Konfliktgebietes treffen können. Es wäre deshalb nicht mit einem schnellen Sieg einer Seite zu rechnen. Stattdessen würden wohl erneut Hunderttausende von Menschen in die Flucht getrieben. Zudem könnte die Balance der Regionalmächte Russland, Türkei und Iran ins Wanken geraten, wenn sie sich gegeneinander positionieren müssten – Iran und Russland auf armenischer Seite, die Türkei aufseiten Aserbeidschans. Nicht zuletzt wäre der Westen betroffen. Wichtige Öl- und Gaspipelines in Richtung Europa verlaufen nur wenige Kilometer nördlich des Konfliktgebietes.

Ende Mai reagierten die Präsidenten der USA, Russlands und Frankreichs, Barack Obama, Dmitri Medwedew und Nicolas Sarkozy, mit der deutlichsten Erklärung zum Karabach-Konflikt seit Jahren. Beim G-8-Gipfel in Deauville erklärten die Präsidenten der drei Länder, die Lage sei inakzeptabel. Sie ermahnten die Konfliktparteien eindringlich, ihre Bevölkerung nicht auf Krieg, sondern auf Frieden vorzubereiten. Armenien und Aserbeidschan sollten ihren politischen Willen zur friedlichen Lösung des Konflikts zeigen, indem sie ein Papier mit Grundprinzipien zur Beilegung des Streits unterzeichnen. Die USA, Russland und Frankreich leiten die Minsk-Gruppe, ein Gremium der OSZE, das seit 1992 versucht, eine Lösung des Konflikts herbeizuführen.

Der armenische Präsident Sersch Sargsjan und der aserbeidschanische Präsident Ilham Alijew sollen unter Vermittlung Medwedews ein Papier über grundlegende Schritte unterschreiben, über die bereits seit Jahren verhandelt wird. Es geht um den Rückzug der Armenier aus sieben Regionen Aserbeidschans, die nicht zu Karabach gehören. Dies wird auch in drei Uno-Resolutionen gefordert. Doch die Armenier bezeichnen diese Gebiete als notwendige Sicherheitszone.

Was will Moskau?

Die Regionen Latschin und Kelbajar bilden zudem eine Verbindung zwischen Karabach und Armenien, über die die Versorgung des isolierten Gebietes verläuft. Eine Sonderregelung für einen Korridor zwischen Armenien und Karabach sowie eine internationale Friedenstruppe sollen die Sicherheit garantieren. Vorgesehen ist auch, dass die Flüchtlinge zurückkehren können. Zu einem späteren Zeitpunkt soll mittels Referendums der Status geklärt wer-

den, was die schwierigste Frage ist. Armenien ist für die Anerkennung der Unabhängigkeit Karabachs. Aserbeidschan besteht auf dem Verbleib des Gebietes innerhalb seiner Grenzen und will einen hohen Grad an Autonomie gewähren.

Gegenseitige Drohungen

Seit Jahren werden diese Fragen schon gewälzt. Auch eine neue russische Initiative nach dem Krieg im benachbarten Georgien 2008 hat wenig mehr gebracht. Statt auf Fortschritte steuerten beide Seiten Anfang Mai auf eine neue verbale Konfrontation zu. Armenien kündigte an, den zivilen Flugverkehr nach Karabach aufzunehmen. Dies be-



antwortete Aserbeidschan sogleich mit der Drohung, das erste Flugzeug über dem Luftraum Karabachs abzuschiesen. Armeniens Präsident Sargsjan kündigte daraufhin an, in ebenjenem ersten Flugzeug mitfliegen zu wollen. Kurz vor dem geplanten Termin Anfang Mai hiess es aus Armeniens Hauptstadt Erewan jedoch, der neue Flughafen in Karabach müsse noch europäischen Standards gemäss nachgerüstet werden. Die Aufnahme des Flugverkehrs werde sich verzögern.

Eine Lösung wird von den vermittelnden Staaten erwartet. So sagt der Abgeordnete der aserbeidschanischen Regierungspartei YAP, Sahid Ogdj, man habe die Konfliktlösung vor Jahren in die Hände der Grossmächte gelegt, also müssten diese nun auch einen Weg finden. Vor allem in Aserbeidschan bekommt man immer wieder zu hören, es liege allein an Russland, den Konflikt zu beenden. Tatsächlich spielte Moskaus Verhalten beim Ausbruch des Konflikts Ende der achtziger Jahre eine wichtige Rolle. Damals wie heute beeinflussten Waffenlieferungen in die Region und militärstrategische Vereinbarungen das Kräftegleichgewicht erheblich.

Dabei ist Moskau an guten Beziehungen nicht nur zum militärischen Partner Armenien interessiert, sondern auch zum ölreichen Aserbeidschan und zu

dessen Verbündeten Türkei. Europa und die USA wiederum setzen auf stabile Verhältnisse im südkaukasischen Energie- und Transportkorridor in Richtung Zentralasien. So liegt den vermittelnden Staaten wenig an Veränderungen in dem Konflikt, die eine Parteinahme für eine der Seiten zur Folge hätten.

Kaukasus-Experten wie Thomas de Waal von der Carnegie-Stiftung in Washington beklagen, dass es an internationalem Druck auf die Konfliktparteien fehlt. Dabei befindet sich Karabach in einer strategisch sensiblen Region. Forderungen der Minsk-Gruppe verhalten wirkungslos. Zum Beispiel verweigert Aserbeidschan den Rückzug seiner Heckenschützen von der Frontlinie. Problematisch ist auch, dass die Führung von Karabach nicht an den Verhandlungen beteiligt ist. Doch tritt die Führung Berg-Karabachs aggressiv auf, auch weil sie weitgehend isoliert ist, und fühlt sich nicht vollkommen an die Entscheidungen in Erewan gebunden.

Die Minsk-Gruppe krankt zudem daran, dass die Gespräche hinter verschlossenen Türen stattfinden und die Öffentlichkeit am Verhandlungsprozess nicht beteiligt wird. So passierte es 1997, dass Armeniens damaliger Präsident Ter-Petrosjan Zugeständnisse nicht einmal in der eigenen Regierung, geschweige denn in der Bevölkerung, vermitteln konnte und 1998 zurücktreten musste. 2001 war Aserbeidschans Präsident Haidar Alijew dann zu Kompromissen bereit. Doch auch ihm gelang es nicht, sein Land zu überzeugen. Sein Sohn Ilham, der ihm 2003 als Präsident nachfolgte, investierte die reichlichen Öleinnahmen in eine verstärkte Aufrüstung der Armee und zeigt gegenüber Armenien eine aggressivere Haltung.

Das Scheitern Ter-Petrosjans und Haidar Alijews in der Karabach-Frage ist wohl auch darin begründet, dass sie Wahlen durch offensichtliche Manipulation gewonnen hatten und ihnen in der Bevölkerung der Rückhalt für ungewöhnliche Schritte fehlte. Die Regierungen beider Länder setzen sonst darauf, sich die Loyalität ihrer Bürger durch Heraufbeschwörung einer vom Gegner ausgehenden Kriegsgefahr zu sichern. Mit nationalistischen Tönen betonen beide Seiten das Anrecht auf Karabach. In Latschin, dem armenisch besetzten Gebiet zwischen Karabach und Armenien, zeigen die Bewohner dem Besucher Kirchen und erklären diese zu Beweisen dafür, dass schon immer christliche Armenier auf diesem Land gelebt hätten. Aserbeidschanische Politiker verweisen nicht nur auf den Ursprung aserbeidschanischer Literatur und Musik in Karabach. Der aserbeidschanische Vizeausserminister Mah-

mad-Guliev merkt auch an, dass das Gebiet um die armenische Hauptstadt Erewan einstmals ein Khanat und demzufolge aserbeidschanisch war.

Die feindliche Haltung der beiden Staaten wird gefördert durch eine wachsende Entfremdung. Menschen auf beiden Seiten erinnern sich noch an Erlebnisse mit Schulkameraden oder Nachbarn, die der anderen Nationalität angehören und zu Beginn der neunziger Jahre auf die jeweils andere Seite fliehen mussten. Diese gemeinsamen Erinnerungen wurden jedoch von der feindlichen Propaganda und den Kriegserlebnissen überdeckt. Fragt man Bewohner in Karabach, ob sie sich eine Rückkehr der einstigen Nachbarn vorstellen könnten, so lehnen sie dies rundheraus ab. Das gäbe nur Mord und Totschlag, heisst es in Hadrut, Stepanakert oder Schuscha.

Aserbeidschan betreibt eine zunehmend restriktive Politik. So konnte noch 1999, fünf Jahre nach dem Waffenstillstand, eine Gruppe armenischer Journalisten im Rahmen eines Schweizer Projekts für mehrere Tage nach Baku reisen und dort auch mit Regierungsvertretern sprechen. Ende 2010 dagegen gelang es der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung erst nach langer Vorbereitung, eine Einreiseerlaubnis für einen armenischen Experten zu erwirken. Nichtregierungsorganisationen organisieren Treffen gewöhnlich in anderen Ländern. Finden die aserbeidschanischen Behörden Fotos von Aserbeidschanern mit Armeniern, so müssen diese mit einer Vorladung beim Geheimdienst rechnen. Aserbeidschanische Regierungskritiker werden wegen Kontakten zu Armeniern als Veräter in den Medien angeprangert.

Vor allem in Aserbeidschan wächst die Ungeduld, denn die Zeit arbeitet für das de facto unabhängige Nagorni Karabach. Mit Regierungsgeldern aus Erewan und Spenden der armenischen Diaspora wird die zerstörte Infrastruktur aufgebaut. Mit finanzieller Unterstützung werden die Bewohner zum Bleiben bewegt in diesem isolierten Gebiet, das noch immer von Minen übersät ist. Zudem siedelten sich in Orten wie Latschin Menschen an, die ihre Heimat im Westen Armeniens nach einem Erdbeben 1988 verlassen mussten. Die Führung Karabachs ihrerseits tritt selbstsicher auf. Verteidigungsminister Moses Hakobian sieht kein Problem darin, dass Baku Millionen aus den Öleinnahmen in die Armee investiert. «Sie kaufen die Panzer und im Krieg erobern wir sie», gibt sich Hakobian siegesgewiss. Auf die Frage, ob ein Angriff der armenischen Truppen auf die Ölpipelines nördlich von Karabach realistisch wäre, sagt er: «Alles ist realistisch.»

Maximalforderungen

Auch die aserbeidschanische Seite zeigt sich selbstbewusst. Der Parlamentsabgeordnete Sahid Ogdj von der Regierungspartei YAP zum Beispiel sieht im Nachbarland einen gescheiterten Staat, der nicht in der Lage sei, Karabach aufzubauen. Aserbeidschan dagegen habe sowohl finanzielle Mittel als auch das Know-how, den Menschen dort ein würdiges Leben zu bieten. Doch ist man sich in Aserbeidschan bewusst, dass der Höhepunkt des Öl-Booms inzwischen erreicht ist. Experten halten es deshalb für möglich, dass die Führung in Baku versucht sehen könnte, eine Rückeroberung Karabachs anzustreben. Um nicht auf Waffen aus dem Ausland angewiesen zu sein, baut Baku nun sogar eine eigene Militärindustrie auf.

Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass Armenien und Aserbeidschan mit Absicht auf eine grosse militärische Konfrontation zusteuern. Jedoch könnten kleinere geplante oder ungeplante Attacken schnell ausser Kontrolle geraten, da es keinerlei Sicherheitsabstand zwischen den beiden hochgerüsteten Armeen gibt. Auch scheint es unwahrscheinlich, dass der Friedensprozess in absehbarer Zeit reale Fortschritte macht. Dafür beharren beide Seiten zu sehr auf Maximalforderungen.